

zunächst nichts davon wissen, im Gegenteil gedachten sie das Mißvergnügen mit dem Vertrage zu dem erneuten Versuche zu benutzen, Osterreich bei der bevorstehenden Erneuerung des Zollvereins in diesen hineinzubringen. Und Osterreich hatte sich für diesen Fall zur Annahme des ganzen Zollvereinstarifs erboten. Aber auch diesmal siegte Preußen. Es hielt fest an dem französischen Vertrage, . . . im Jahre 1864 wurde ganz allgemein der Zollverein, und zwar ohne Osterreich, glänzend erneuert.“ (Kamprecht.)

5. Als nach dem Kriege von 1866, der die alten Verträge gelöst hatte, abermals eine Erneuerung des Zollvereins nötig wurde, benötigte Preußen die ihm außerordentlich günstige Gelegenheit, die Einstimmigkeit der Beschlußfassung, die im alten Zollverein gegolten hatte, abzuschaffen.

4. In den Kreisen des Volkes ging die Einheitsbewegung noch darüber hinaus; man forderte, daß die Zollvereinsangelegenheiten dem Bundesrat und dem durch die Aufnahme süddeutscher Abgeordneten erweiterten Reichstage unterstellt würden.

5. Bismarck folgte der nationalen Strömung auf wirtschaftlichem Gebiete; im Juni 1867 schloß er mit den süddeutschen Staaten Verträge ab, durch die der Zollverein erneuert und durch eine Zollverfassung erweitert wurde, welche die wirtschaftliche Einigung ganz Deutschlands bedeutete. Für die Beratung der Zollsachen ergänzte sich der Norddeutsche Reichstag durch die Mitwirkung süddeutscher Abgeordneten zum sogenannten Zollparlament.

6. „Damit war außer in Militärfragen auch schon auf dem wirtschaftlichen Gebiete die Einheit Deutschlands erreicht trotz der Mainlinie des Prager Friedens.“ Die Verhandlungen des ersten Zollparlaments zeigten, daß der völlige Anschluß des Südens nur noch eine Frage der Zeit, und zwar der allernächsten Zeit war: die nationalgesinnten Mitglieder des Zollparlaments schlugen eine Adresse an König Wilhelm vor, worin man die Erwartung aussprechen sollte, daß das Zollparlament bald in das Vollparlament umgewandelt werde.

Allerdings wurde diese Adresse dank der antinationalen Opposition, die besonders durch die kirikalischen und partikularistischen Elemente unter den süddeutschen Abgeordneten verstärkt worden war, einstweilen — mit geringer Majorität — abgelehnt.

Anmerkung. Die Stimmung in Süddeutschland war dem Anschluß an den Norddeutschen Bund und der Unterordnung unter die preußische Führerschaft keineswegs günstig.¹⁾

§ 22. Der Krieg von 1870/71 und die Gründung des Deutschen Reiches.

Das gewaltige Aufklammen des nationalen Empfindens, das die nord- und süddeutschen Staaten im Jahre 1870 zu gemeinsamem Kampfe gegen den Erbfeind deutscher Macht und Größe vereinigte, drängte nach errungenem Siege mit unwiderstehlicher Gewalt zur Vollendung des deutschen Einigungswerkes.

I. Die Entstehung des Krieges von 1870/71.

1. Die Ursache des Krieges von 1870

erwuchs aus dem von dem lebhaftesten nationalen Instinkte geleiteten Bestreben Frankreichs, den Fortgang des Einigungsprozesses in Deutschland zu hintertreiben.

a. „Die französischen Traditionen gingen seit Jahrhunderten auf die Zersplitterung der deutschen Kräfte; auf der Erniedrigung Deutschlands war Frankreichs Größe aufgebaut. Auch die Berechnungen des Kaisers waren auf die Berewigung unsers Haders, auf den Zwiespalt zwischen den

¹⁾ Vgl. hierüber Kamprecht a. a. O. XI. Bd. 2. Hälfte S. 510 ff.